

# Freiburg und Bern beschreiten in der Regionalpolitik neue Wege

Neue politische Instrumente wie Agglomerationsräte und Regionskonferenzen sollen die Zusammenarbeit verbessern

BARBARA LAUBER, Bern

**Die Agglomerationen Freiburg und Bern wollen die regionale Zusammenarbeit institutionalisieren – in Form eines Agglomerationsrats und einer Regionskonferenz. Die Würfel fallen 2007.**

Während in Freiburg die Schaffung eines Agglomerationsrats im Sinne einer vierten Staatshierarchiestufe zur Debatte steht, diskutiert man in Bern, ob sich die Gemeindepräsidenten zu Regionalkonferenzen zusammenschliessen und dort gemeinsame Probleme anpacken sollen. Freiburg will Anfang 2007 über die Schaffung der Agglomeration Freiburg befinden, in Bern soll die entsprechende

Verfassungs- und Gesetzesänderung Mitte 2007 vors Volk kommen.

**EFFIZIENT UND FLEXIBEL.** Das Ziel liegt auf der Hand: Die neuen Strukturen sollen die Agglomerationen stärken, Entscheidungswege verkürzen und eine flexible, effiziente und rasche Zusammenarbeit über Gemeindegrenzen hinweg ermöglichen. «Heute», erklärte die Berner Baudirektorin Barbara Egger vor einem Jahr vor den Medien, «ist diese Zusammenarbeit oft kleinräumig, harzig und schwerfällig.»

Das Regionsparlament Freiburg ist eine Pionierin der regionalen Zusammenarbeit: Ihr Pro-

jekt «Agglomeration Freiburg», das vom Bund mitfinanziert wird, basiert auf einem für die Schweiz bisher einmaligen Agglomerationsgesetz. Dieses hält fest, dass eine konstituierende Versammlung Statuten zu erarbeiten hat. Diese sollen im kommenden Herbst feststehen. Im Freiburger Modell wird der dreistufige Schweizer Föderalismus (Gemeinde, Kanton, Bund) durch eine vierte organisatorische, rechtssetzende Staatshierarchiestufe ergänzt. Diese besteht aus einem Vorstand (Exekutive) sowie aus einem Agglomerationsrat (Legislative), den die Legislativen der Gemeinden oder das Volk wählen. Kann sich die Idee

einer Agglomeration Freiburg durchsetzen, wird diese in den Bereichen Raumplanung, Verkehr/Mobilität, Umwelt (Lärm- und Luftschutz), Wirtschafts- sowie Tourismusförderung ab 2008 rechtlich verbindliche Beschlüsse fassen können. Und damit ganz oder teilweise an die Stelle der Gemeinden treten.

**REGIONSKONFERENZ.** Steuern darf die Agglomeration keine erheben, dafür Abgaben und Gebühren. Ihre Beschlüsse sind vor dem kantonalen Verwaltungsgerecht anfechtbar. Zudem kann die Bevölkerung das fakultative Referendum ergreifen und Volksinitiativen initiieren.

Anders lauten die Berner Pläne, die keine vierte Staatsebene vorsehen: Rund um Bern sowie über den ganzen Kanton verteilt möchte die Regierung sogenannte Regionalkonferenzen schaffen, die die regionale Zusammenarbeit fördern, Verkehrs- und Siedlungsplanung besser aufeinander abstimmen und über die Verteilung der regionalen Kulturförderungsmittel verbindlich entscheiden sollen. Auch der gesamte ländliche Raum wird in die «Strategie für Agglomerationen und regionale Zusammenarbeit» integriert. In der Regionalkonferenz, der in der Agglomeration Bern 105 Gemeinden angehören, haben die

jeweiligen Gemeindepräsidenten Einsitz; ihre Stimmkraft wird der Einwohnerzahl angepasst. Wie im Freiburger Modell besteht auch hier die Möglichkeit eines fakultativen Referendums sowie einer Volksinitiative.

**FREIWILLIGE NEUERUNG.** Noch bis Februar ist die Berner Agglo-Strategie in der Vernehmlassung. Nimmt das Stimmvolk die Vorlage 2007 an, braucht es zur Schaffung einer Regionalkonferenz zusätzlich die Zustimmung der entsprechenden Gemeinden und Stimmberechtigten. Denn die Schaffung von Regionalkonferenzen soll im Kanton Bern freiwillig bleiben.